

Die politikwissenschaftliche Perspektive (I): Koalitionsbildung

Wählen und Regieren in der Coronakratie

Welche politischen Farben braucht die »Große Transformation«?

Karl-Rudolf Korte

»The Great Transformation« – mit diesem Titel beschrieb 1944 Karl Polanyi einen paradigmatischen Wandel der Gesellschaft. Gemeint war die Ausdifferenzierung von zwei Teilsystemen, der bürgerlichen Gesellschaft und der Ökonomie. Wandel existierte, Veränderung erfolgte, Transformation geschah. Die Treiber dieses Prozesses sind von Polanyi differenziert beschrieben – und der politische Begriff der Transformation ist seitdem mit diesem Titel verbunden, wenngleich Transformation immer neue Bedeutungsinhalte erhielt. So fand der Begriff etwa für den Prozess der deutschen Einheit und die damit einhergehenden Umwälzungen 1989/90 Anwendung (Kollmorgen et al. 2015). In der vergleichenden Politikwissenschaft ordnet der Begriff der Transformation Demokratiestandards zwischen politischen Systemen. Eine Renaissance erfuhr der Begriff im Kontext des Klimawandels (Kristof 2020). Im Hauptgutachten »Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« hat der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen 2011 eine Umprägung vorgenommen, die bis heute anhält. Danach sind Transformationen von Gesellschaften, von Politik und Wirtschaft erforderlich, um die planetarischen Grenzen des Klimawandels einzuhegen. Daran knüpft auch die Ampel-Koalition mit dem Koalitionsvertrag »Mehr Fortschritt wagen« (2021) an. Die Vereinbarung könnte auch in Anlehnung an Willy Brandt (»Demokratie wagen«, 1969) jetzt »Mehr Transformation wagen« lauten. Denn die drei Ampel-Parteien, SPD, Grüne und FDP, beschreiben in vielen Kapiteln, wie sich Deutschland wandeln soll: gesellschaftlich integrativ, nachhaltig und innovationsgetrieben. So soll der Industriestandort Deutschland in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft transformiert werden, was keine Bereiche des

gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens auslöst. Das ist ein sehr hoher Anspruch. Denn wie steuert man in Deutschland einen Wandel als Transformation? Die Bundesrepublik ist – mit Ausnahme spezifischer Phasen – eher als veränderungsresistent bekannt.

Disruptionen, externe Schocks können zu solchen Veränderungen führen. Es ist deshalb sicher kein Zufall, dass sich die Ampel-Koalition erstmals im Zeichen der »Coronakratie« (Florack/Korte/Schwanholz 2021) auf Bundesebene konstituierte. Das Virus hatte seit 2020 alle Bereiche unseres Lebens auf die Probe gestellt und Veränderungen ebenso erzwungen wie die Sehnsucht nach Kontinuität beflügelt. Das politische Denken kreist in einem demokratischen Verfassungsstaat um die Ordnung der Freiheit (Kielmansegg 2013). Das Corona-Virus setzte dieses Denken einem Stresstest aus. Der demokratische Modus des Regierens war extrem herausgefordert, ging es doch nicht nur um effiziente Mechanismen zur Problemlösung, sondern, viel existenzieller, um das Überleben der Bürger. Die Risikoentscheidungen standen nicht nur unter besonderen Unsicherheitsbedingungen, sondern waren auch strukturell dilemmatisch angelegt: Freiheit oder Gesundheit? Diese Zielkonflikte alarmierten. Die Coronakratie ist die Antwort auf diese Herausforderungen – und womöglich auch auf zukünftige. Es bedarf keiner besonderen Weitsicht, dass Krisen als Serie unser politisches System weiter erschüttern werden.

Kuratiertes Regieren der Bundesregierung kann eine Antwort darauf sein. Es verwandelt unter dem Primat der Politik rasant transparente Informationsverarbeitung in sortierte und erklärte politische Entscheidungen der Krisen-Lotsen. Sie kommt nicht als lenkende Anregung, wie beim »Nudging« daher. Die Varianten des Lockdowns (alles entschleunigen, alles entkoppeln, alles dekonstruieren) war staatlich verordnet, kein Vorschlag. Kuratiertes Regieren hat eher mit krisenbedingter appellativer Anordnung zu tun. Es nutzt einen Möglichkeitsraum (Korte 2019). Das setzt Gestaltungswissen voraus (situativ in der politischen Lage zu lernen) und kombiniert dies mit einem Möglichkeitssinn (mit Zuversicht zu führen und zügig zu entscheiden). Die Spitzenpolitik avanciert so zum Hermeneuten der Resilienz.

Kuratiertes Regieren muss eine Reaktanz der Bürger jederzeit einkalkulieren, denn viele Bürger wollen die eingeschränkte Wahlfreiheit überwinden. Aber wiederum nicht alle. So rechnet die politische Entscheidungsrationaltät der Spitzenakteure immer auch mit dem autoritären Führungsparadox:

Die Bürger wünschen sehnsuchtsvoll – gerade in existenziellen Krisenzeiten – eine starke Führung, wollen sich aber gleichermaßen nicht vorschreiben lassen, wie sie sich konkret zu verhalten haben. Das führt dann oft, wie wir es auch aus dem Bereich der Umwelt- und Klimapolitik kennen, verhaltens-technisch zum exakten Gegenteil des Erwünschten.

Kuratiertes Regieren ist Teil von robuster Resilienz, die nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit des demokratischen Verfassungsstaates sichert, sondern präskriptiv schützen kann. Doch wieviel Gegenwartseitelkeit steckt in der Annahme, wir wüssten, was kommt, um uns dafür offensiv regierungstechnisch zu rüsten? Gingen nicht gerade seit März 2020 täglich Glaubenssätze und Gewissheiten der Politik über Bord? Ist nicht der Ausspruch »Das geht nicht!« grundlegend antiquiert?

Unsere Kategorien der Einordnung und Bewertung des politischen Wandels orientieren sich an theoretischen Rahmungen und empirischen Befunden zu Politikwechseln (Rüb 2014; Korte 2021). Die Analyse der Corona-Politik zeigt allerdings die Schwierigkeiten, angemessene Denkroutinen über Veränderungen, Wenden, Wandel und Wechsel zu nutzen. Harald Welzer sprach von einem »Stillstellen der Zukunft«, von »eingefrorenen Situationen« und »stillgestellten Bildern« (Welzer 2020). Das ist angemessene außeralltägliche Metaphorik. Folgt man danach keinen Denkroutinen, dann bieten auch die fachlichen Ankerpunkte keine interpretatorische Stütze, um aus der beobachteten Veränderung Rückschlüsse für die Zukunft zu entwickeln.

Was wir politikwissenschaftlich als Ankerpunkte über abrupte Politikwechsel wissen, folgt einer Logik der Angemessenheit. Es orientiert sich an vorgefundenen Routinen, Gewohnheiten und Regeln. Policy-Forscher sprechen von einer Pfadabhängigkeit, Historiker von Traditionslinien, Regierungsforscher von Stilen, Praktiken und Instrumenten des Politikmanagements. Doch die Corona-Politik hat paradigmatische Züge. Bisherige Erklärungsmuster des Politikmanagements stoßen an ihre Grenzen. Die Zentralität der Entscheidungen zu Beginn der Pandemie, die monothematische Zuspitzung als Total-Reduktion von Komplexität, das Ausmaß der angeordneten Lockdowns für alle Lebensbereiche sowie die Einschränkungen elementarer Freiheitsrechte waren vorbildlos neu und grundlegend. Keine Krise seit 1949 hat jemals zuvor zeitgleich alle Bürger betroffen.

Hilft hierbei als Ausweg vielleicht neben dem Begriff der Transformation auch der Begriff der Resilienz? Konzepte der Resilienzforschung be-

schreiben Prozesse und Bestandteile der Widerstandsfähigkeit einer Gesellschaft zur Bewältigung und Steuerung von Komplexität (Endreß/Maurer 2015). Die Bereitschaft, mit Veränderungen umzugehen, bemisst die Resilienzforschung. Den Deutschen wird politisch-kulturell nachgesagt, dass sie Weltmeister in Resilienz seien. Sie haben ganz offensichtlich die Fähigkeit zu großen Veränderungen. Anders wären auch die international hohen Wohlfahrts- und Wohlstandsgewinne der prosperierenden deutschen Wettbewerbsgesellschaft kaum erklärbar. Konkret löst die Aussicht auf Veränderungen Leidenschaft aus. Aber weder die Aussicht auf noch die Fähigkeit zur Veränderung sind gleichzusetzen mit einer Bereitschaft, Veränderungen zügig – und idealerweise – vorausplanend anzunehmen. Resilienz eignet sich für das Politikmanagement als Strategie des Komplexitätsmanagements (Korte/Scobel/Yildiz 2022). Wie bereitet man sich als Regierung auf Krisen vor, von denen man weiß, dass sie kommen werden, aber nicht wann und wie? Politikmanagement verbindet die Steuerbarkeit des politischen Systems mit der Steuerungsfähigkeit der wichtigen politischen Akteure. Regieren als eine Form des Politikmanagements nutzt Resilienz zur Krisenbewältigung. Dabei können sich die Spitzenakteure auf Ressourcen als resilienzermöglichende und resilienzbeeinflussende Größen beziehen (Endreß/Maurer 2015; Jage-Bowler 2020).

Ist die Ampel-Koalition resilienzermöglichend? Um das zu beantworten, sollte man das strategische Potenzial der Bundestagswahl 2021 betrachten. Die Ampel für den Bund? Oder eher die Reiseplanungen für Jamaika starten? Verlässlich blieb als Serie auch die Große Koalition – allerdings diesmal mit der SPD in der Führungsrolle. Wer hätte nur wenige Monate zuvor gedacht, dass es nach dem Wahltag, dem 26. September 2021, auf diese drei möglichen Konstellationen hinauslaufen könnte? Die Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen ergab, dass alle drei Konstellationen mit rund 49 Prozent von den Befragten gleichermaßen als »schlecht« bezeichnet wurden. Schlechter schnitt nur noch Rot-Grün-Rot ab. Hinter diesen Daten verstecken sich viel Unsicherheit, Unentschiedenheit, Unklarheit und Unwägbarkeiten der Wählerinnen und Wähler. Ein eindeutiges richtungsweisendes Votum kann aus den Wahlergebnissen nur schwerlich abgeleitet werden. Die Pluralisierung unserer Lebenswelten, Vervielfältigung von Lebenswirklichkeiten und abnehmende Integrationsleistungen auch der Parteien führen zu wenig überraschenden Vielfaltswahlen: für jede und jeden ist etwas dabei – auch für die dänisch-friesische Minderheit. Der Bundestag ist ein Parla-

ment der Singularitäten¹. Die neue Unübersichtlichkeit kommt post-lager-übergreifend daher, was die Übersetzung des Wählerwillens in Regierungsbildungen zu schöpferisch-experimentellen Herausforderungen macht. Die Konstante ist einzig die ausgeprägte politische Mittigkeit, in der sich diese unübersichtliche Singularität bunt sortiert mit mittelgroßen und kleineren Parteien übersetzt. Verzagte Euphorie, gar Aufbruchstimmung kam nicht am Wahltag, sondern erst am Ende der Sondierungen – bereits elf Tage später – auf. Bis dahin hatten die Wählerinnen und Wähler eine Postrationalisierung ihrer Entscheidungen vorgenommen und die Ampel als klaren Favoriten markiert (Forschungsgruppe Wahlen 2021a).

1. Das Virus entschied den Ausgang der Bundestagswahl

Wenn Wahlen auch Momentaufnahmen zur Lage der Nation sind, dann prägte, wenig überraschend, das Corona-Virus entscheidend das Superwahljahr (Korte 2021a; Florack/Korte/Schwanholz 2021). Denn das politische Momentum einer medial forcierten Klimawahl der Generationen war überlagert von der Corona-Politik. Als wichtigstes wahrgenommenes Problem hielt sich die Corona-Thematik bei den Umfragen bis zum Wahltag im oberen Bereich. Noch im September 2021 sagten 28 Prozent der Wahlberechtigten, dass Corona und die Folgen der Corona-Politik zu den wichtigsten Problemen gehören. Auf Platz 1 mit 47 Prozent rangierte: Umwelt/Klima/Energie (Forschungsgruppe Wahl 2021b). Beides – Corona und Klima – prägte die Motivbündel der Wählerschaft in Deutschland. Dabei standen nicht die Maßnahmen der Corona-Politik im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern das Thema wirkte eher indirekt in alle Bereiche hinein. Wie bewährten sich die Hauptakteure, die Regierungsparteien und die Opposition in der Pandemie? Die Auswahl der Kanzlerkandidaten wurde maßgeblich mitbestimmt vom Auftritt als Krisenlotsen. Niemals wäre Olaf Scholz so früh von der SPD zum Kanzlerkandidaten gekürt worden, wenn er nicht als Bundesfinanzminister eine so sichtbar dominante Rolle als Krisenmakler hätte spielen können. Ohne das Virus wäre vermutlich auch Armin Laschet nicht Parteivorsitzender der CDU und später Kanzlerkandidat der Union geworden. Welche

1 In Anlehnung an den Titel »Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne« von Reckwitz 2017.

Rolle spielten dabei die virusbedingte Verschiebung und Virtualisierung des CDU-Parteitags von Ende 2020 auf Januar 2021? Das Virus prägte die Themen des reparaturbedürftigen Nachsorgestaates und fächerte den Parteienwettbewerb auf. Die konstruktive, freiheitserzählende und freiheitsverheißende Oppositionsarbeit der FDP zur Coronapolitik belohnten die Wähler. Die AfD verlor auf dem Wählermarkt, weil die erfolgreiche Coronapolitik über Monate die Regierenden stabilisierte und Verdrossenheit reduzierte. Ein Wahlkampf unter Wütenden, von dem die AfD hätte profitieren können, fand nicht statt.

Die Pandemie setzte nicht nur direkt und vor allem indirekt die Themen, sondern veränderte auch die Wahlkampfformate. Wirkungsvoll zu mobilisieren war nicht einfach unter Bedingungen von Abstand und Distanz. Betroffen war auch eine generelle Sichtbarkeit der Kandidatinnen und Kandidaten. Wir wissen beispielsweise, dass durchaus auch persönliche Attraktivität im Wahlkampf Prozentwerte bringt (Gaßner et al. 2019). Aber wie attraktiv wirkt man auf digitalen Kacheln? Darüber wissen wir viel weniger. In Deutschland zählen bei der Stimmabgabe besonders Sach- bzw. Problemlösungskompetenz, Glaubwürdigkeit, Führungsqualität sowie – erst an vierter Positionierung – persönliche Sympathien. Auch die Wahlkampforschung hat Probleme, unter den Bedingungen der pandemisch bedingten Distanz langgehegte Erkenntnisse einfach fortzuschreiben. Reichen in einer durch die Corona-Politik extrem erschöpften Republik die klassischen Ansätze des Wahlkampf-Dreischritts aus: begrenzte Aggressivität, Sicherheitsbotschaften, Zukunftskompetenz?

2. Ohne Kanzlerbonus und ohne Wechselstimmung

Eine zweite Besonderheit liegt in der historischen Konstellation: Niemals zuvor fanden Bundestagswahlen ohne Titelverteidiger statt – sieht man von der ersten Wahl 1949 einmal ab. Bundeskanzlerin Merkel verzichtete nach einer Serie verheerender Landtagswahlen für die CDU im Mai 2019 auf eine erneute Kandidatur und gab den Parteivorsitz ab.² Die Bundeskanzlerin stand im Wahljahr 2021 als Krisenlotsin einmal mehr unter den Bedingungen der Pandemie im Zentrum der Aufmerksamkeit. Sie verhalf mit ihrem

2 Vgl. dazu mit wissenschaftlichem Apparat Bollmann 2021 sowie Weidenfeld 2021.

Kanzler-Bonus und als Corona-Titanin der Union zu Umfragewerten bei der Sonntagsfrage von über 30 Prozent. Je deutlicher es jedoch wurde, dass Merkel auf keinem Wahlzettel stehen würde, stiegen die Chancen der Mitbewerber, vor allem die der Grünen und der SPD. Hoffnungsfroh entschieden sich die Grünen, erstmals eine Kanzlerkandidatin zu benennen, deuteten die Umfragen zum Zeitpunkt der Nominierung von Annalena Baerbock für die Grünen doch durchaus eine Chance zur Kanzlerschaft an. Alle drei Parteien (Union, SPD, Grüne) standen ab Sommer 2021 im Umfragekampf fast gleich hoch auf der Startlinie, um für Programm und Personen zu werben.

»Wer wird Merkel?« spitzte sich für alle möglichen Nachfolger als die Entscheidungsfrage zu. Wer sollte die Corona-Prämie am Wahltag ausgezahlt bekommen, wenn die Pandemie weitgehend eingehgt sein würde? Das war zum frühen Zeitpunkt noch unklar. Überträgt sich so ein Bonus automatisch auf den Kanzlerkandidaten Laschet, wenn die Union als gefühlte Staatspartei immerwährend in der Wählergunst für Stabilität und Sicherheit steht? Wer von einem Vertrauenstransfer ausging, unterschätzte grundsätzlich die kulturelle Zäsur, die mit dem politischen Ende der Ära Merkel einherging. Die Kanzlerin prägte für eine politische Generation das Politikverständnis. Wahlen bedeuteten dabei in der Regel die Einlösung der Formel »Merkel plus X gleich Mehrheit« (Korte 2015). Bei aller Kritik an einzelnen politischen Entscheidungen führte Merkel nicht nur in Wahlkampfzeiten die Sympathieskala der beliebtesten Politiker des Landes konstant an – ergänzt durch positive Werte zur Regierungstätigkeit. Wie kompensieren Wähler so eine Verlusterfahrung? Die Wahlforschung misst verlässlich einen Kanzlerbonus, kann aber nicht den Malus verrechnen. Wem bringen Wähler diesen Vertrauensvorschuss zukünftig entgegen? Für alle Parteien im Wettbewerb des Jahres 2021 hatten diese Fragen fundamentale Bedeutung. Denn es erhöhte für alle drei Parteien mit Kanzlerkandidaten systematisch ihre Chancen zum Erfolg und veränderte die Anlage der jeweiligen Mobilisierungsstrategien.

Eine dritte Besonderheit liegt im historischen Vergleich der Wahlen. Am Ende der Adenauerzeit existierte ebenso wie nach 16 Jahren der Kanzlerschaft von Helmut Kohl (CDU) ein starker Wunsch nach Veränderung, nach Überwindung, nach Neuanfang (Bergmann 2002). 2021 war anders als nach den 16 langen Jahren der Kohl'schen Regentschaft eine vergleichbare eindeu-

tige Wechselstimmung nicht messbar.³ Dass ein Kanzlerwechsel kommen würde, war klar, da Angela Merkel nicht mehr antrat. Insofern gehen die standardisierten Umfragen zum Wechselthema in die falsche Richtung. 16 Jahre Merkel mit drei Großen Koalitionen führten keineswegs zum eindeutigen Wunsch nach neuen Formaten der Macht, nach einem neuen Führungs- und Kooperationsstil, nach neuen Möglichkeiten des guten Regierens. Noch herrschte Wirklichkeitsgehorsam. Noch prägte die Erinnerung an staubtrockene Krisenpolitik als letzte Variante einer sogenannten Alternativlosigkeit. Die Option, wie 1998 zwei Oppositionsparteien in die Regierungsverantwortung zu katapultieren, erschien abwegig, trotz des Überdrusses an der Großen Koalition und ihrem Regierungsstil: dem wegmoderierenden Pragmatismus, dem unterargumentierenden Regieren und der stets situativen postheroischen Empörungsverweigerung. Doch die Sehnsucht nach der großen emphatischen Erzählung, nach den Lotsen der schonenden Transformation war in keiner Phase des Wahljahres so ausgeprägt, dass ein »Weiter-So« mit anderem Personal vollkommen ausgeschlossen war.

So blieb die Stimmung im Wahljahr ambivalent: Die Sehnsucht nach einem neuen Auftritt und Veränderungswünsche wurden begleitet von veränderungsmüden Erwartungen. Die coronabedingte Macht der Erschöpfung führte zum Wunsch nach Normalität, Stabilität und Ruhe. Diese starke Ambivalenz zwischen Status quo und Veränderung wurde überlagert von einer Medienberichterstattung, die den einseitigen Eindruck vermittelte, dass es um eine Klimawahl gehen würde, bei der die Mehrheit deutlich für die große Transformation votieren könnte. Das Ergebnis der Bundestagswahl dokumentiert präzise eine Sowohl-als-auch-Stimmung. Sie führt zum bekannten Modell des dosierten Machtwechsels in Deutschland, der Koalitionswahl mit dem Kontinuitätsversprechen: eine Partei aus der alten Regierung ist auch bei der neuen mit dabei. Diese Unentschiedenheit mit unklarem Regierungsauftrag und knappen Siegern (neun Mandate liegen zwischen SPD und Unionsfraktion) war im Wahlkampf ohne ausgeprägte Wechselstimmung vor dem Wahltermin klar zu erkennen. Aus Mitte-Rechts könnte Mitte-Links werden, wenn sich die neuen Gewichte auch in der Regierungsbildung spiegeln.

3 Grundsätzlich zu den Machtwechsel-Szenarien vgl. Mertes 2021 und Korte 2020.

3. Personenzentrierter Wahl- und Umfragekampf

Die Bundestagswahl war eingebettet in ein Superwahljahr (Horst 2021; Korte 2021b): Drei Landtagswahlen als Testlauf (Mainz, Stuttgart sowie zeitversetzt in Magdeburg) im Vorfeld und zwei Landtagswahlen (Schwerin und Berlin/Abgeordnetenhaus) zeitgleich mit der Bundestagswahl.⁴ Alle fünf bestätigten überwölbende Trends und zeigten, wie erwartbar die Sicherheitsdeutschen wählen: Bekanntheit durch Amtsbonus katapultierte die Ministerpräsidenten der Union, der Grünen und der SPD zu Prozentwerten jenseits der 30er-Marke. Corona erwies sich als eine Art Macht-Revitalisierungsprogramm. Außerdem stabilisierten die Wahlen den Sog der Mitte. Die Randparteien AfD und Linke mussten deutliche Verluste hinnehmen. Insofern konnten die Wahlkämpfer ab Frühjahr davon ausgehen, dass schrumpfende Extreme die politische Mitte verbreitern werden.

Das Wahljahr hielt im Umfragekampf viele Überraschungen bereit. Selten kreuzten sich die Hochs und Tiefs sowohl in der Sonntagsfrage als auch bei der Beliebtheit der Kanzlerkandidaten wie 2021 – Volatilität im Kurvenformat.⁵ Konkrete Kampagnen- und Mobilisierungsphasen lassen sich für das Superwahljahr unterscheiden: Mit der zeitgleichen Nominierung von Armin Laschet und Annalena Baerbock (19. April 2021) endete die Frühphase des Wahlkampfes: Die Union lag bei 28 Prozent, die Grünen bei 21 und die SPD bei 15 Prozent (Infratest Dimap 2021).

Die zweite Phase begann im Mai: die Grünen überholten kurzzeitig die Union (26 % zu 24 %). In den kontinuierlichen Sinkflug gingen die Grünen dann Ende Mai über, mit den diversen Fehlereingeständnissen der Spitzenkandidatin.⁶

Die dritte Phase als Hauptwahlkampfzeit setzte nach den Sommerferien Ende August bis Anfang September ein. Die SPD überholte in den Umfragen erstmals seit Jahrzehnten die Union⁷ und steigerte den Wert von Woche zu

4 Dazu die Einordnungen bei Mielke 2021a, Mielke 2021b sowie Mielke und Ruhose 2021.

5 Dies zeigte sich unter anderem auch bei der Frage, wen die Deutschen sich als Kanzler wünschten. Hier schnitt Annalena Baerbock im Politbarometer für den Mai 2021 am besten ab, bevor sie dann wieder deutlich an Zuspruch verlor, vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.v. 2021c.

6 Siehe hierzu Forschungsgruppe Wahlen E.v. 2021d.

7 Laut Forschungsgruppe Wahlen erstmals seit September 2002, vgl. Forschungsgruppe Wahlen E.v. 2021e.

Woche. Äußere Anlässe wie die Hochwasserkatastrophen (14. Juli) lagen zu diesem Zeitpunkt bereits Wochen zurück. Es ist insofern zu vermuten, dass sich mit dem Beginn der heißen Wahlkampfphase die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler in dreierlei Hinsicht neu bzw. erstmals richtungsweisend orientierten: Motive für die konkrete Wahlabsicht und die Parteienwahl sortierten sich ebenso wie die Erkenntnis, dass Merkel nicht mehr wählbar war. Daraus resultierte fast ein Gleichstand der drei halbstarken Parteien um den Wert von 20 Prozent bei der Sonntagsfrage.

Die inhaltlichen Auseinandersetzungen und Unterschiede zwischen den Parteien prägten ab Mitte August den Wahlkampf. Ein zentrales überwölbendes Thema fehlte allerdings, wie es vergleichbar bei Migrations- und Flüchtlingsfragen bei der Bundestagswahl 2017 existierte. In den Monaten zuvor kam der Wahlkampf verstörend inhaltsleer daher. Die Fehler der Kandidaten dominierten die Berichterstattung, nicht die Themen für eine mögliche Mobilisierung der eigenen Anhänger. Inhaltsschwere kam erst in den letzten Wochen vor dem Wahltag auf – getrieben durch die Frage, wie eine schonende, aber umfassende Transformation der Gesellschaft besser gelingen kann: mit Verboten, mit Regeln, mit Anreizen?

Wie haben sich die Wahlkampagnen der drei Kanzlerkandidatenparteien unterschieden? Die Union hatte ihren Kanzlerkandidaten Armin Laschet (CDU) verhältnismäßig spät im April 2021 nominiert. Laschet, in der Rolle des relativ neuen Vorsitzenden, war noch nicht so gefestigt im Amt, dass er die Kanzlerkandidatur einfach verkünden konnte. Der Machtpoker um die Kandidatur zwischen Söder (CSU) und Laschet fesselte die Zuschauer im Babylon Berlin und hinterließ tiefe Risse in der Unionsfamilie. Söder nutzte das Machtvakuum des frischen Vorsitzenden der CDU, um seine eigene Kandidatur zu erzwingen. Mit rebellisch-brachialem Populismus zweifelte er öffentlich an der Repräsentativität der politischen Willensbildung in den Führungsgremien der CDU. Die Belastung durch diese umkämpfte Konstellation war für Laschet eine schwere Bürde im gesamten Wahlkampf. Die Schwesterparteien wirkten auf die Wählerinnen und Wähler zu keinem Zeitpunkt geschlossen und geeint hinter dem Kandidaten Laschet. Das späte Wahlprogramm setze auf den muskulösen Staat, der nicht übergriffig ist. Es war die gefühlte unentbehrliche Staatspartei, die Kontinuität im Wandel einmal mehr versprechen wollte, ohne allerdings dazu kampagnenfähige Gedanken vorzutragen.

Die Anlage des Wahlkampfes glich den Vorgängermodellen: ein Wohlgefühlwahlkampf, der nicht polarisiert.⁸ Laschet minimierte auch mit seinem Regierungs- und Führungsstil Angriffsflächen. Darin war er Merkel durchaus ähnlich.⁹ Doch Merkel konnte sich dies mit ihrem Amtsbonus leisten, Laschet hingegen nicht. Die Grünen wurden als Hauptgegner im Wahlkampf markiert. Für Post-Merkel-Zeiten reichte dieses strategische Muster allerdings nicht aus. Profilierte Alleinstellungsmerkmale der Union konnten die Wähler bis zuletzt nicht erkennen. Die Union erschien wie eine Regierungspartei ohne Grund und ohne Führungserzählung.¹⁰ Sie wirkte nach den langen Jahren in Regierungsverantwortung auf dem Wählermarkt verbraucht und ausgezehrt. Ein Machtverfall lag nach den Rhythmen des Regierens spätestens ab dem Sommer in der Luft (Korte 2020). Als strategischer Fehler stellte sich zudem heraus, dass die Union nicht vorbereitet war, als die SPD in den Umfragen an den Grünen vorbeizog und diese auf Platz drei verdrängte. In der Schlussphase des insgesamt flatterhaft wirkenden Hauptwahlkampfes inszenierte die Union nochmals die Wiederauflage der »Rote-Socken-Kampagne«, um vor einem rot-grün-roten Linksbündnis offensiv zu warnen. Immerhin hatte diese Polarisierung aus Sicht der Union Erfolg, denn die Linken blieben unter der Fünf-Prozent-Hürde und es gelang damit, die Koalitionsvarianten einer Regierungsbildung für Scholz zu minimieren. Der Game-Changer in der Kampagne der Union war Laschets unbeabsichtigtes Lachen im Flutgebiet. An diesem Bild zerbrach sein Wahlkampf.¹¹ Krisenlotsenschaft wünschen sich die Sicherheitsdeutschen von ihren Kanzlern. Das Lachen entlarvte Laschet in der Wahrnehmung der Bürger als wenig krisentauglich. Eine Mobilisierung über die Themensetzung »Richtungsentscheidung« verfiel nicht. Dazu fehlte ein bürgerliches Profil, was auch sozialpolitisch mit konkreten Maßnahmen unterlegt hätte sein müssen (Jung 2021).

Als tauglicher Erbe Merkels erwies sich besonders der Kandidat der SPD, Olaf Scholz. Die SPD nominierte ihn bereits im August 2019. Scholz stand inhaltlich – ebenso wie die Kanzlerin – für die gesellschaftspolitisch pro-

8 Zur Geschichte und Anlage der Demobilisierung vgl. Jung et al. 2019.

9 Zu den Vergleichen siehe Blasius und Küpper 2020.

10 Zur Einschätzung vgl. Dürr 2021.

11 So mit einer aufmerksamkeitskritischen Perspektive bei Claus Leggewie im Gespräch, vgl. Gierke 2021.

gressive Mitte. Er hatte als Bürgermeister von Hamburg bewiesen, wie moderne Urbanität sozialverträglich mehrheitsfähig bleiben kann. Als Typus prägt er ebenso wie Merkel das Ruhe-Regiment mit vornehmer Unangreifbarkeit, Solidität und Risiko-Unlust. Wer sich für die Fortsetzung der Merkel-Politik stark machte, fand mit Scholz einen sehr mächtigen Aspiranten. Die Scholz-Kampagne setzte von Beginn an auf die Kopie des »merkeligen Sicherheitsgefühls«. Zudem warb er mit dem Vizekanzler-Bonus, zumal als Finanzminister, der in der Corona-Krise Milliarden Euro zusätzlich verteilte. Plakate und Auftritte konzentrierten sich einzig auf seine Person. Andere Stimmen aus der Partei waren nicht zu hören oder wurden radikal unterdrückt. Seine hegemoniale Stellung disziplinierte die SPD.¹² Das ist umso paradoxer, als sich die Mitglieder der SPD noch 2019 gegen Scholz als Parteivorsitzenden entschieden hatten. Als Narrativ setzte Scholz im Wahlprogramm und Wahlkampf die »Respekt und Würde«-Erzählung wirkungsvoll durch. Damit sollte die Lebensleistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würdigend ins Blickfeld geraten. Die einstige Arbeiterpartei mobilisierte mit zentralen Arbeitnehmerthemen, die vor allem auch im Osten Deutschlands verfangen. Eindeutig setzte die SPD damit auf eine Repolitisierung der Sozialstruktur für Wahlkampfw Zwecke. Als Vehikel diente dabei die Anhebung der Mindestlohngrenze auf zwölf Euro. Die Kampagne wirkte professionell sortiert und zielstrebig.

Die Grünen lebten zunächst vom Zulauf aus mehreren Richtungen. Sie agierten multikoalitionsfähig – sichtbar in Regierungsverantwortung und in der Opposition zugleich. Sie kratzten an der Dominanz der Union, indem sie das Kompetenzzentrum für Umwelt- und Klimapolitik verkörperten. Ein schonender Umgang mit Ressourcen in der stillgestellten Corona-Zeit hatte zudem bürgerliche Wähler mit grünen Ideen versöhnt. Von der Corona-Prämie profitieren die Grünen, weil sie auch mit ihrer professionellen Doppelspitze im Bund einen gewachsenen Bedarf nach normativer Orientierung befriedigten: der Rettung eine Richtung geben. Sie setzten mit ihrer eigenen Moral-Währung voll auf die schonende und gemeinsame Transformation der Gesellschaft. Der Kommunikations- und Führungsstil begeisterte bür-

12 Auch negative campaigning verding nicht. Die Liste der Scholz unterstellten Verfehlungen war durchaus beträchtlich: Wirecard-Untersuchungsausschuss des Bundestages, die Cum-Ex-Geschäfte der Warburg Bank in Hamburg und die Durchsuchung des Bundesfinanzministeriums durch die Steuerfahndung.

gerliche Kreise, die sich mit Realitäts-Demut geißelten. Hier hatte nicht die neo-dirigistische Entschiedenheitsprosa Aussicht auf Gehör, sondern eher Machtpoesie als Moderation von Ambivalenzen. Doch die Wahlkampagne mit der zentralen Botschaft »Neuanfang« stockte, als die Grünen vom Doppel auf das Einzel umstellten. In dem Moment, in dem sie andere Parteien kopierten und das Andere, was sie in der Parteigeschichte groß gemacht hatte, verließen, häuften sich die Fehler. Im Rausch des Umfragehochs, über viele Wochen auf Platz eins bei der Sonntagsfrage, nominierten die Grünen erstmals in der Parteigeschichte eine Kanzlerkandidatin. Persönliche Fehler der Kanzlerkandidatin Baerbock (fehlerhafte Angaben im Lebenslauf bis hin zu Plagiaten in ihrer Monografie) führten innerhalb von vier Wochen zu einem dramatischen Stimmungsverfall in den Umfragen. Das Vertrauen in die Seriosität der Kandidatin zerbrach. Ihre Unerfahrenheit in der Exekutive brachte die Wahlkampagne in eine schwierige Schieflage. Da half am Ende weder die Hochwasserkatastrophe an der Ahr noch das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts oder die Fridays-for-Future-Demonstrationen, um den Zieleinlauf bei der Bundestagswahl deutlich zu verbessern. Die Kandidatin reduzierte die Chancen der Partei. Gemessen am Bundestagsergebnis von 2017 gehören die Grünen dennoch zu den strategischen Siegern im Parteienwettbewerb der Legislaturperiode mit den deutlichsten Zugewinnen. Sie verbesserten sich von der kleinsten Fraktion des Bundestages auf Platz drei von insgesamt sechs Fraktionen.

Grundsätzlich dokumentieren die Umfragedaten mit der ausgeprägten Wechselhaftigkeit auf dem Wählermarkt, dass bei dieser Bundestagswahl offenbar drei prekäre Kanzlerkandidaten zur Wahl standen. In der Wahrnehmung der Wähler hatten Union und Grüne parteiintern auf die falschen Kandidaten gesetzt. Söder und Habeck wurden ungeprüft als aussichtsreicher in der Bevölkerung eingeschätzt. Die gleichen Wähler unterstellten zugleich, dass Olaf Scholz in der falschen Partei sei.

Der Wahlkampf war auch 2021 über weite Strecken ein personen- und medienzentrierter Umfragekampf. Als strategisches Instrumentarium gehört die Demoskopie mittlerweile zu den wichtigsten Ressourcen des Wahlkampfmanagements. Ihre Stellung hat sich unter den Bedingungen wachsender Volatilität verfestigt (Schmitz-Varda 2021). Wähler lieben Favoriten und sind Fans des Erfolges. Umfragedaten verstärken Aufstiegsbewegungen ebenso wie Abwärtsspiralen.

4. Koalitionsbildungen ohne große Wechselerzählung

Der Wahltag zeigte, dass sich die Chancen auf die Kanzlerschaft für Kenner des Sondierens erhöhen. Sieger können bei der Regierungsbildung auch Zweite werden. Im multipolaren Vielparteiensystem sind Regierungsbildungen prinzipiell auch gegen die Mehrheitsfraktion möglich.¹³ Der zweite Bundestagswahlkampf in Folge ohne eine Koalitionsaussage machte das Wählen einmal mehr für die Bundesbürger zum Lotteriespiel. Denn bei der Regierungsbildung sind wir Zuschauer. Wählermarkt und Koalitionsmarkt sind in so einer Konstellation nicht mehr deckungsgleich. Schöpferisch-experimentell muss nach neuen Formaten der Macht gesucht werden, um aus Wählerstimmen mehrheitsfähige Konstellationen dauerhaft zu kreieren. Unterschiedliche Koalitionstypen sind dabei immer denkbar. Die Dreier-Konstellation im Bund ist eine Antwort darauf.

Lerntheoretisch besteht beispielsweise die Möglichkeit, dass sich politische Präferenzen ändern und somit Handlungsoptionen für aktive Veränderungen bei den Koalitionspartnern entstehen. Die Bedingung dafür lautet, dass auch neue Deutungen und Ideen, mithin neue Narrative zur Verfügung stehen. Komplexes Lernen setzt voraus, dass entweder externe Ereignisse schockartig die Veränderungen beschleunigen oder aber, dass Policy-Broker die neuen Deutungen und Ideen kraftvoll strategisch einsetzen. Solche Policy-Broker können Grenzstellenakteure zwischen verschiedenen Arenen oder Machtmaklern sein. Sie sind die Begleiter des Wandels, sie kreieren neue Zielbilder, sie entwickeln übergeordnete neue Narrative, vielleicht sogar »Diskurs-Koalitionen«¹⁴. Ein ideenpolitischer Perspektivwechsel kann unter diesen Bedingungen strategisch – und langfristig – zu einer neuen Koalition führen. Nicht zufällig sprach Robert Habeck bei der öffentlichen Vorstellung des Koalitionsvertrags von einer »lernenden Koalition«. Gemeint war damit auch die Erfahrung des Aushandelns in den differenzierten Koalitionsrunden.

Die Verhandlungstheorien enthalten ein Set von Indikatoren, die für das Gelingen von Verhandlungen verantwortlich sind. Personen machen auch unter verhandlungsstrategischen Gesichtspunkten einen Unterschied. Es

13 Willy Brandt nutzte dies ebenso wie Helmut Schmidt – allerdings zu Zeiten eines Zweieinhalb-Parteiensystems.

14 So Nullmeier 2008. Zu den Koalitionen vgl. Korte 2013.

ist dann weniger die Logik von Lagern oder Problemen, die zu einer potenziellen Koalition führt, sondern das personale Arrangement der Spitzenakteure. Dabei dreht es sich nicht um Grade von Sympathiewogen. Vielmehr stehen die zentralen politischen Ressourcen im Zentrum: Vertrauen, Verlässlichkeit, Wertschätzung, Integrität, Respekt. Das bereits am Wahlabend in der »Elefanten-Runde« bekundete Abstimmen im Zitrus-Format (grün-gelb) war darauf ein wichtiger Verweis. Das Kanzler-Casting sollte über grün-gelbe Vorsondierungen möglich werden. Darin drückte sich auch neue, junge Bürgerlichkeit aus, denn beide Parteien waren von überwiegend jüngeren Wählerinnen und Wählern gewählt worden. Schnittmengen in diesem liberalen grün-gelben Block bestehen im moralischen Ernst, moderner Autonomie, sozialstaatlicher Pragmatik und einem gemeinwohlorientierten Kaufmannsgeist. Das Verständnis von Staatlichkeit weicht ab, aber die Freiheitserzählungen ähneln sich von liberal bis libertär. Jungwähler votierten für grün, weil sie ihre Freiheit durch Klimaveränderungen bedroht sahen und auf einen lenkenden Staat setzten, der das Freiheitsbudget wahrt. Jungwähler votierten für gelb, weil sie zu viel Übergriffigkeit des Staates ablehnen, wie sie sich besonders drastisch in der Pandemie zeigte. Gemeinsamkeiten in diesem neu-bürgerlichen Milieu bestehen im staatskritischen Engagement für Bürgerrechte und digitaler Gesellschaftspolitik.¹⁵ Ob dies tragfähig sein wird, um eine selbstbewusste Sozialdemokratie im Dreier-Format einzuhegen, muss sich erst noch zeigen. Aber die Konstellation deutet darauf hin, dass sich die Kanzlerdemokratie lernend wandelt.

Zeitversetzt entwickelte sich rund drei Wochen nach dem Wahltag so etwas wie Aufbruchstimmung. Habeck formulierte zum sich anbahnenden dosierten Machtwechsel: »Einen Regierungswechsel, wie er jetzt ansteht, hat es in den 72 Jahren Bundesrepublik nur selten gegeben – aus meiner Sicht nur 69, 82 und 98. Diese Wechsel waren immer weit mehr als das, was die Politik selbst vorangebracht hat. Sie waren immer auch Spiegel der Veränderungen in der Gesellschaft. Sie markierten immer eine Zäsur für neuen Wandel – der in der Gesellschaft.« (Habeck, Rede am 17. Oktober 2021 auf dem Grünen-Parteitag) Dennoch trübt der Blick. Wechselstimmung wie in den von Habeck benannten Jahren war nicht vergleichbar messbar – und ob es sie 1969 und 1982 wirklich so wie 1998 gegeben hat, ist ebenso fraglich; die Arithmetik gab neue Konstellationen her. Eine epochale und verheißungs-

15 Dazu auch von Altenbockum 2021 sowie Redecker 2021.

volle Wechselerzählung dringt bislang nicht ins öffentliche Meinungsklima ein. Das hängt sicher auch mit dem Virus zusammen. Ergänzend kommt hinzu, dass es sich beim Wechsel von Merkel zu Scholz nicht um einen Generationenwandel mit Generationenprojekt handelt. Jüngere Vitalität kommt eher von den Zitrus-Partnern in der Ampel.

5. Die Zumutungen der Ampel-Koalition

Das Superwahljahr folgte einer nicht-alltäglichen Logik. Es blieb eigenartig einzigartig. Die Grundstimmung changierte zwischen einem Enthusiasmus des Positiven (»solidarisch haben wir Corona besiegt«) und der Wehmut des Vorsichtigen und Enttäuschten (»hier funktioniert nichts«): sorgenvoll zufrieden oder zufrieden im Unbehagen? Diese uneindeutige Grundstimmung mobilisierte immerhin nochmals mehr Wählerinnen und Wähler als 2017, was überraschte, da eine maximale Themenpolarisierung im Wahlkampf fehlte. Höhere Wahlbeteiligung spricht für einen insgesamt gelungenen Wahlkampf der Parteien, der hinreichend mobilisieren konnte.

Die gewählten Parteien sortieren sich seit dem Wahltag im Setting des Bundestages in einem multipolaren Vielparteiensystem. Der Bundestag ist weniger polarisiert als in der letzten Legislaturperiode.¹⁶ Die Radikalisierung im Parteienspektrum blieb der AfD vorbehalten, die lösungsorientiert zur Corona-Politik wenig beizutragen hatte. Die politische Mitte hat sich weiterhin vergrößert und ausdifferenziert, als eine ausgeprägte elektorale Fragmentierung. Selbst die dänisch-friesische Minderheit ist mit dem SSW wieder in den Bundestag eingezogen. Die Segmentierung im Sinne von schwer zu überwindenden Bündnisfähigkeiten hat abgenommen, zumal die Grünen mittlerweile als post-lagerübergreifende Partei im Wählerspektrum verortet sind.

Die Corona-Politik stellte im Superwahljahr 2021 naheliegende Mobilisierungsherausforderungen. Zukunftssicherheit spielte bei den Motiven auf dem Wählermarkt eine große Rolle: Wie schaffen wir eine resiliente Demokratie? Das bedeutet viel mehr als nur Pandemie-Vorsorge. Denn die Reparaturbedürftigkeit des Nachsorgestaates fiel besonders in der Pandemie auf. Insofern wuchs die Sehnsucht nach einem klug schützenden, einem lenken-

¹⁶ Grundsätzlich dazu Korte et al. 2018.

den Vorsorgestaat. Das gilt bei den Sicherheitsdeutschen immer komplex: nach außen, innen, sozial, kulturell und gesund.

Der Wahlkampf kam dennoch maximal zumutungsfrei daher. Doch Wähler ahnen, dass bedingungslose Daseinsvorsorge einen Preis haben wird. Die Schlüsselressourcen zum Aufbau einer resilienten Demokratie spielten im Wahlkampf eine indirekte Rolle, avancierten jedoch zum Politiktreiber in den Koalitionsverhandlungen. Wie sich die drei Bündnispartner im Alltag abstimmen, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Das Programm der Regierung ist ambitioniert auf Veränderung angelegt. Alle drei Ampel-Parteien wollen den Wandel. Sie fühlen sich durch das Wahlergebnis dazu auch legitimiert. Es wird nicht nur von der Konfliktfähigkeit der Akteure abhängen, wie sie den Interessenausgleich hinbekommen, sondern vor allem auch von deren Kommunikationsfähigkeit. Eine gelingende inklusive Transformation setzt intensive politische Kommunikation voraus.

Das gilt auch innerhalb der neuen Dreier-Formation. Die ersten Monate deuten darauf hin, dass Harmonie-Management innerhalb der Koalition bevorzugt wird. Das scheint im Moment aber auf Kosten von Führung und ambitionierten Vorhaben zu gehen. Dissens-Management mit Lern-Modus könnte durchaus Gesetzesvorhaben präjudizieren, die mal den einen und mal den anderen Koalitionspartner vorpreschen lassen, wenn grundsätzlich die Zielvereinbarungen vertrauensvoll von allen drei Parteien akzeptiert werden. Es ist zu früh, um dies abschließend einzuordnen.

Wer sich allerdings gegenüber der Bevölkerung nicht die Mühe macht transparent zu erklären, warum Veränderungen auch Besserungen bringen, wird seine Mehrheit verlieren. Die Lust auf Veränderung, die den sozialen und gesellschaftlichen Frieden in Deutschland auf hohem Niveau erhält, können sozialdemokratische, liberale und grüne Narrative forcieren. Die Belastbarkeit der Koalition wird sich vor allem 2022 zeigen müssen.

Die Euphorie der Transformation muss übersetzt werden in konkrete Gesetze. Politische Führung muss dann auch vermeintlich Unpopuläres mehrheitsfähig machen, wenn es dem Ziel dient, langfristig für alle den Wohlstand zu mehren. Dabei gilt: Die Wahrscheinlichkeit von disruptiven Änderungen ist geringer als das Fortsetzen von Routinen. Da liegen die Gefahren, Zukunftsfähigkeit zu verlieren.

Große Verteilungskonflikte stecken hinter der Großen Transformation. Nicht die politischen Farben im Parteienwettbewerb sind dabei zentral, sondern der gemeinsame Wille zum Verändern. Resilienzermöglichende As-

pekte stecken nicht in der ideologischen Ausrichtung der Parteien, sondern in ihrem kommunikativen Interaktionspotenzial. Ob man die Veränderungen dann Fortschritt, Modernisierung, Reform oder Transformation nennt, ist nicht so wichtig wie der offen kommunizierte Fahrplan. Die Ampel als Lerngemeinschaft kann mit dem Transformations-Narrativ als wichtigem Politiktreiber Innovationen voranbringen, ohne aufrechnen zu müssen, wer bei welchem Schritt mehr gewinnt oder mehr verliert. Die Zumutungen folgen dem Motto: »Anpacken und machen«. Das kann unkonventionell und unerwartet daherkommen.

Die ökologisch-soziale Transformation wird die Ampel in der Coronakratie herausfordern. Die Transformation »Fortschritt wagen« soll kommunikativ inklusiv, politisch partizipativ und stets sozial solidarisch ausgerichtet sein. Wer aus einer Wachstumsgesellschaft eine Nachhaltigkeitsgesellschaft formen möchte, braucht aber auch neue Modelle der demokratischen Willensbildung. Neue »Wir-heit« entsteht nicht automatisch, zumal, wenn sich durch Knappheit auch Verteilungsfragen zuspitzen. Nur Bürgerräte reichen als Innovations-Treiber dabei auch nicht aus. Weniger Basisdemokratie setzt das grüne Milieu unter Druck. Doch Trassenbau lässt nichts anderes zu, wenn Strom knapp wird. Die FDP wird die Neubestimmung des Freiheitsbegriffs als Freiheit der Vielen mit einbringen müssen. Während die SPD ihr soziales Gerechtigkeitsthema auch demokratiepolitisch nicht allein durch Umverteilen einlösen kann. Der ampelig angelegte Veränderungspatriotismus ist insofern höchst ambitioniert, wenn die »Große Transformation« als Muster dient.

Literatur

- Bergmann, Knut (2002). Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Blasius, Tobias und Moritz Küpper (2020). Der Machtmenschliche. Armin Laschet. Die Biografie, Essen: Klartext Verlag
- Bollmann, Ralph (2021). Angela Merkel: Die Kanzlerin und ihre Zeit, München: Beck
- Dürr, Tobias (2021). Regieren ohne Grund. Die CDU mit und nach Merkel. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34, 3, S. 444-452

- Endreß, Martin und Andrea Maurer (Hg.) (2015). Resilienz im Sozialen, Wiesbaden: Springer VS
- Florack, Martin, Karl-Rudolf Korte und Julia Schwanholz (Hg.) (2021). Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten, Frankfurt a.M.: Campus Verlag
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2021a). Politikbarometer Oktober II 2021 https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/Oktober_II_2021/ (letzter Aufruf 8. Oktober 2021)
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2021b). Politikbarometer September III 2021 https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/September_III_2021/ (letzter Aufruf 8. Oktober 2021)
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2021c). Politikbarometer Mai I https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/Mai_I_2021/ (letzter Aufruf 10. Oktober 2021)
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2021d). Politikbarometer Juni I https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/Juni_I_2021/ (letzter Aufruf 10. Oktober 2021)
- Forschungsgruppe Wahlen e.V. (2021e). Politikbarometer September I https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/September_I_2021/ (letzter Aufruf 10. Oktober 2021)
- Gaßner, Anna, Lena Masch, Ulrich Rosar und Sabine Schöttle (2019). Schöner wählen: Der Einfluss der physischen Attraktivität des politischen Personals bei der Bundestagswahl 2017. In: Korte, Karl-Rudolf und Jan Schoofs (Hg.). Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden: Springer, S. 63-82
- Gierke, Sebastian (2021). Ikonographie des Wahljahres: »An diesem Bild zerbrach sein Wahlkampf«. In: Süddeutsche Zeitung, 24. September
- Horst, Patrick (2021). Die Bundestagswahl 2021 und die Demokratiereform. Regierungsforschung.de https://regierungsforschung.de/wp-content/uploads/2021/10/20102021_regierungsforschung.de_Horst_Bundestagswahl.pdf (letzter Aufruf 20. Oktober 2021)
- Infratest Dimap (2021). Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre <https://www.wahlrecht.de/umfragen/dimap.htm> (letzter Aufruf 10. Oktober 2021)

- Jage-Bowler, Frederic (2020). Das gesellschaftliche Immunsystem stärken. Elemente eines positiven Risikowissens. In: WZB Mitteilungen 168, S. 79-81
- Jung, Matthias, Yvonne Schroth und Andrea Wolf (2019). Bedingt regierungsbereit – Eine Analyse der Bundestagswahl 2017. In: Korte, Karl-Rudolf und Jan Schoofs (Hg.). Die Bundestagswahl 2017, Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden: Springer, S. 23-45
- Jung, Matthias (2021). Von Merkel lernen heißt siegen lernen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. November
- Kielmansegg, Peter Graf (2013). Die Grammatik der Freiheit, Baden-Baden: Nomos Verlag
- Kollmorgen, Raj, Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Wagener (Hg.) (2015). Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer VS
- Korte, Karl-Rudolf (2013). Sinkt der Einfluss der Wähler auf die Koalitionsbildung? In: Decker, Frank und Eckhard Jesse (Hg.), Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: Nomos, S. 37-56
- Korte, Karl-Rudolf (2015). Die Bundestagswahl 2013 – ein halber Machtwechsel: Problemstellungen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung. In: Korte, Karl-Rudolf (Hg.). Die Bundestagswahl 2013. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden: Springer, S. 9-31
- Korte, Karl-Rudolf, Dennis Michels, Jan Schoofs, Niko Switek und Kristina Weissenbach (2018). Parteiendemokratie in Bewegung, Baden-Baden: Nomos
- Korte, Karl-Rudolf (2019). Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten, Frankfurt a.M.: Campus Verlag
- Korte, Karl-Rudolf (2020). Machtwechsel in der Kanzlerdemokratie. In: Korte, Karl-Rudolf und Martin Florack (Hg.). Handbuch Regierungsforschung, Wiesbaden: Springer https://doi.org/10.1007/978-3-658-30074-6_66-1
- Korte, Karl-Rudolf (2021a). Wahlen in Deutschland. Grundsätze, Verfahren und Analysen, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Korte, Karl-Rudolf (2021b). Bundestagswahlkampf in Zeiten der Pandemie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 47-49, S. 17-21.

- Korte, Karl-Rudolf, Gert Scobel und Taylan Yildiz (Hg.) (2022). *Heuristiken des politischen Entscheidens*, Berlin: Suhrkamp Verlag
- Kristof, Kora (2020). *Wie Transformation gelingt*, München: oekom Verlag
- Mertes, Michael (2021). *Zyklen der Macht*, Bonn: Bouvier Verlag
- Mielke, Gerd (2021a). Die Grünen als neuer Pol im deutschen Parteiensystem? Anmerkungen zum Aufstieg der Grünen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34, 3, S. 462-478
- Mielke, Gerd (2021b). »It's not dark yet, but it's getting there«: Auf dem Weg zu einer »critical election«. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 34, 3, S. 389-403
- Mielke, Gerd und Fedor Ruhose (2021). *Zwischen Selbstaufgabe und Selbstfindung. Wo steht die SPD?* Bonn: Dietz
- Nullmeier, Frank (2008). *Strategische Kommunikationsberatung. Öffentliche Diskurse zwischen Veto und Wandel*. In: *Zeitschrift für Politikberatung* 1, 2, S. 157-169
- Reckwitz, Andreas (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten: Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin: Suhrkamp
- Rüb, Friedbert W. (Hg.) (2014). *Rapide Politikwechsel in der Bundesrepublik*, Baden-Baden: Nomos Verlag
- Schmitz-Vardar, Merve (2021). *Regieren nach Umfragen*. In: Korte, Karl-Rudolf und Martin Florack (Hg.). *Handbuch Regierungsforschung*, Wiesbaden: Springer https://doi.org/10.1007/978-3-658-30074-6_62-1
- Von Altenbockum, Jasper (2021). *Grüne und FDP finden nach langer Zeit zusammen*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. Oktober
- Von Redecker, Eva (2021). Was wird jetzt aus der Freiheit? In: *Die Zeit* Nr. 42/2021
- Welzer, Harald (2020). Im leeren Raum der stillgelegten Zukunft. In: *Futur Zwei* 13, S. 9-11
- Weidenfeld, Ursula (2021). *Die Kanzlerin: Porträt einer Epoche*, Berlin: Rowohlt

